



Die unternehmerische Freiheit des Arbeitgebers endet dort, wo der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter beginnt!

Die mehr als 300 Teilnehmenden der ver.di-Tagung von Betriebsräten, Personalräten, Mitarbeitervertretungen sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus öffentlichen, privaten und kirchlichen Krankenhäusern bundesweit unterstützen die ver.di-Tarifbewegung zur Entlastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern und psychiatrischen sowie psychosomatischen Kliniken.

Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus. Das ruiniert ihre Gesundheit. Sie machen ihre Arbeit professionell und wollen ihre Patient/innen gut und würdevoll versorgen. Doch so viel sie auch aus sich herausholen, sie können individuell die strukturelle Personalnot nicht ausgleichen. Bei uns betrieblichen Interessenvertretungen liegen zehntausende von Gefährdungsanzeigen, die belegen, wie das Patientenwohl gefährdet wird - und täglich kommen neue dazu. Mindestpersonalbesetzung, verlässliche Arbeitszeiten und Belastungsausgleich tarifvertraglich zu regeln, stößt in unseren Betrieben auf breite Zustimmung.

Gesundheitsschutz und verlässliche Dienstpläne nehmen in unserer Arbeit als betriebliche Interessenvertretungen großen Raum ein und sind oft Ursachen für Konflikte mit den Arbeitgebern.

Die Bundesregierung hat den Personalmangel erkannt. Doch Pflegeförderprogramm, Pflegezuschlag, Expertenkommission sind Lichtjahre davon entfernt, den Pflegekräften eine spürbare Entlastung zu verschaffen. Für andere Berufsgruppen gibt es noch gar keine Ansatzpunkte.

Eine wesentliche Ursache für die Personalnot ist, dass die öffentliche Hand seit vielen Jahren ihre gesetzliche Pflicht verletzt und für Krankenhäuser viel zu geringe Investitionskosten zahlt. Krankenhausträger zwacken deshalb für Neubauten, Renovierungen und Großgeräte Geld ab, das die Krankenkassen für die Krankenversorgung im laufenden Betrieb überweisen. Geld, das für Personal gedacht ist, wird zweckentfremdet. Baustellen werden mit Personalstellen finanziert.

Der fortdauernde Missbrauch von Krankenversichertenbeiträgen muss ein Ende haben! Dazu ist eine gesetzliche Personalbemessung notwendig. Der Bundesgesetzgeber trägt die Verantwortung für eine sichere Patientenversorgung. Doch er hält sich raus.

Das Zögern der Bundesregierung, die Zweckentfremdung der Krankenversichertenbeiträge und die geplanten Steuergeschenke gehen auf Kosten unserer Gesundheit. Das machen wir nicht mehr mit!

**Um unsere eigene Gesundheit kümmern wir uns jetzt selbst.
Für einen Tarifvertrag Entlastung!**